



Wer zahlt, wenn wegen eines Überangebots mehr Kälber als üblich geschlachtet werden müssen?

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

## Nur die halbe Wahrheit

Die Stützung der Schweizer Bauern geht über die ausgewiesenen Zahlen hinaus

Am Montag kommt es im Nationalrat zur grossen Debatte über die künftige Agrarpolitik. Über die tatsächlichen Kosten der Landwirtschaft dürfte dabei kaum diskutiert werden – sie sind erst in Umrissen bekannt.

MICHAEL SURBER

Im späten Frühjahr 2016 kam es in der Schweiz zu einem Überangebot an Schlachtkälbern. Da Kälber naturgemäss eine terminsensible Ware sind, konnten sie nicht einfach ein paar Monate später geschlachtet werden. Und so kam es, dass 52 Fleischverarbeitungsbetriebe rund 631 Tonnen Kalbfleisch einlagerten, um es dann im Herbst schliesslich auf den Markt zu bringen. Das Bundesamt für Landwirtschaft zahlte 3,1 Millionen Franken an die über den Sommer entstandenen Lagerkosten. Zudem übernahm es gleich auch noch den Wertverlust, der aufgrund des Einfrierens des Fleisches entstanden war.

### Indirekte Subventionen

Dies ist nur eines von vielen Beispielen, wie der hiesige Landwirtschaftssektor mitsamt seinen nach- und vorgelagerten Industrien von staatlichen Stützungen und Ausnahmeregelungen profitiert. 2016 sprach der Bund insgesamt rund 3,7 Milliarden Franken für die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung. Die Mittel des Bundes werden dabei auf drei sogenannte Zahlungsrahmen aufgeteilt – «Direktzahlungen», «Produktion und Absatz» sowie «Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen». Die 3,1 Millionen Franken für die Kalbfleisch-einlagerung stammen aus dem Budgetposten «Produktion und Absatz». Genauso wie beispielsweise jene 420 000 Franken, die 2016 in Form von Marketingmassnahmen für die Absatzförde-

rung von Schweizer Zierpflanzen ausgegeben wurden. Der weitaus grösste Ausgabenposten sind die Direktzahlungen. 2,8 Milliarden Franken wurden 2016 für Hang- oder Steillagenbeiträge, Beiträge für die Offenhaltung der Kulturlandschaft, Sömmerungsbeiträge und Ähnliches an die Bauern ausbezahlt.

Die 3,7 Milliarden Franken für die Landwirtschaft sind dabei lediglich der im Bundeshaushalt als solcher ausgewiesene Teil der Unterstützung. Dieser Betrag zugunsten der Bauern bleibt zwar seit Jahren konstant – gemessen an den Gesamtausgaben des Bundes nehmen die Ausgaben für die Landwirtschaft sogar kontinuierlich ab. Doch darin sind längst nicht alle Stützungsmaßnahmen enthalten, die der Landwirtschaft Jahr für Jahr über Umwege zufließen. Eine abschliessende Zusammenstellung solcher indirekter Stützungen existiert bis dato nicht.

Die liberale Denkfabrik Avenir Suisse hat sich dieses Umstands angenommen und damit begonnen, eine umfassende Auflistung der direkten und indirekten Kosten zusammenzutragen, die im Herbst publiziert werden soll. Die vorläufige Aufstellung umfasst gemäss Recherchen der NZZ genauso staatliche Aufwendungen für Kalbfleischlagerungen oder Absatzförderungen für Zierpflanzen wie auch jene volkswirtschaftlichen Kosten, die zum Beispiel durch künstliche Marktabschottungen entstehen. Nicht über das offizielle Agrarbudget werden laut den Berechnungen von Avenir Suisse beispielsweise jene 64,2 Millionen Franken abgerechnet, die dem Schweizer Fiskus 2016 allein dadurch entgingen, dass auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Vorleistungen ein reduzierter Mehrwertsteuersatz erhoben wird. Dünger, Futtermittel, Setzlinge oder auch Vieh werden mit einem Steuersatz von 2,5 Prozent abgerechnet anstatt der üblichen 7,7 Prozent. Diese steuerliche Bevorteilung führt dazu, dass selbst umstrittene Pflanzenschutz-

mittel von einem Steuerbetrag von rund 7 Millionen Franken befreit werden.

Wie die Aufstellung der Denkfabrik weiter zeigt, kommen die Bauern auch in den Genuss eines tieferen steuerbaren Eigenmietwerts bei Liegenschaften. Als Folge sind die Einkommenssteuern tiefer, ebenso die zu entrichtenden AHV-Beiträge. Das tiefere Einkommen erhöht darüber hinaus die Chance auf individuelle Prämienverbilligungen bei der Krankenkasse oder auf die Ausrichtung von Stipendien. Wie Avenir Suisse errechnet hat, ergibt sich daraus ein jährlicher Kostenvorteil für die Schweizer Bauern von rund 100 Millionen Franken.

### Debatte ohne Transparenz

Eine genaue Übersicht über die Gesamtheit direkter und indirekter staatlicher Leistungen zugunsten des Agrarbereichs wird auch vonseiten der Politik verlangt. So forderte der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller den Bundesrat in einem Postulat unlängst dazu auf, Auskunft über die «direkten und indirekten Unterstützungsinstrumente für die Landwirtschaft und deren Umfeld» zu geben. Letzten November veröffentlichte der Bundesrat schliesslich den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik», der als Antwort auf Müllers Postulat und weitere Postulate zur zukünftigen Agrarpolitik verfasst wurde. Eine detaillierte Zusammenstellung sämtlicher staatlichen Leistungen, wie sie Müller forderte, sucht man im Bericht vergebens, welcher als Grundlage für die am Montag traktandierete, grosse Agrardebatte im Nationalrat dient. Dabei geht es um die Zukunft der Schweizer Agrarpolitik. Die «Agrarpolitik 2014–2017» lief vergangenes Jahr aus, wird aber noch bis 2021 weitergeführt. Ab 2022 sollen dann neue Gesetzes- und Verordnungsanpassungen in Kraft treten, welche die künftige Agrarpolitik konkretisieren.

## Die Bahnsperre von Rastatt zeitigt Folgen

Management für Umleitungen wird aufgebaut

P. S. · Die knapp zweimonatige Sperrung der deutschen Rheintalbahn bei Rastatt zieht eine verbesserte Vorsorge für solche Fälle nach sich. Wie an der Generalversammlung der Hupac AG, des führenden Operateurs des kombinierten Verkehrs auf der Schiene, am Freitag in Zürich bekanntgegeben, wollen die beteiligten Bahnen bis Ende Jahr ein Handbuch für Notfälle erstellen.

### Englisch als Lingua franca

Neben dieser Übersicht soll auf dem Korridor zwischen Rotterdam, Antwerpen und Genua ein neues Werkzeug für den Austausch in Störungsfällen geschaffen werden. Zudem sollen die Verantwortlichen für den Bahnbetrieb in den Ländern auf dem Korridor ab 2020 in der Lage sein, auf Englisch miteinander zu kommunizieren. Welches sprachliche Regime den Austausch der Lokomotivführer untereinander verbessern soll, wird gegenwärtig noch abgeklärt.

Laut einer von zwei Netzwerken europäischer Eisenbahnen in Auftrag gegebenen Studie beliefen sich die durch den Streckenunterbruch verursachten finanziellen Schäden auf knapp 2,1 Milliarden Euro. 970 Millionen Euro verloren die Eisenbahnunternehmen, Container-Terminalbetreiber und Logistikdienstleister. 770 Millionen Euro betrug der zusätzliche Aufwand für die produ-

zierenden Unternehmen, und 300 Millionen Euro machten die Schäden bei der Infrastruktur der Eisenbahn und anderen Verkehrsträgern aus.

Auf die Ergebnisse der Bahnen und der Operateure wirkte sich das Ereignis zwar negativ aus; indessen konnten die auf dieser Achse tätigen schweizerischen Unternehmen SBB Cargo International, BLS Cargo und Hupac ihre Ergebnisse dank günstiger Konjunktur trotzdem verbessern. In naher Zukunft wird die Schiene auf der Nord-Süd-Achse davon profitieren, dass Deutschland die Trassenpreise um 50 Prozent reduzieren wird. Die Schweiz vergrössert mit der Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels im Jahr 2020 das Potenzial für Effizienzsteigerungen im Betrieb.

### Preissenkung in der Schweiz?

Nach Einschätzung der Hupac werden durch die Inbetriebnahme auch des dritten Basistunnels sowie des 4-Meter-Korridors zwei Drittel der Subventionen für den kombinierten Verkehr obsolet. Als Kompensation für den Rest propagiert die Hupac eine Senkung der Trassenpreise auch in der Schweiz. Diese Perspektive steht im Gegensatz zum politischen Ziel, wonach die Neat den Transitverkehr auf der Schiene unter den derzeit geltenden Rahmenbedingungen konkurrenzfähig machen soll.

### AUFGELESEN

## Konsequente SVP

zas. · Solch neue Kollegen sind einem am liebsten: Sie kommen und sägen gleich an altbewährten Privilegien. So wollte die frischgebackene Aargauer Nationalrätin Irène Kälin (gp.) das 1.-Klass-GA für Parlamentarier abschaffen. Erfolglos. Selbst die sich sonst so volksnah gebende Linke war darob nicht erfreut: Der Genfer Nationalrat Carlo Sommaruga (sp.) gab zu bedenken, dass es Parlamentarier gebe, die längere Strecken zurückzulegen hätten als Kälin. Die meisten Stimmen erhielt der Vorstoss von der SVP, die sich ebenfalls ihrer Volksnähe rühmt. Immerhin ist sie konsequent – selbst wenn dies bedingt, den Vorstoss einer Grünen zu unterstützen.

## Ein Lob der Frage!

gmü. · Selten sind Nationalratsdebatten besser, als wenn sich jemand nach einem (oft genug abgelesenen) Statement einer Frage des Gegners stellen und so Schlagfertigkeit und Kompetenz beweisen muss. Es wird zu wenig gefragt. Bei der Beratung der Selbstbestimmungsinitiative gingen der SVP die Fragen aber nicht mehr aus. Bis sich mehrere Nationalräte verweigerten. Das ist legitim. Aber enttäuschend. Immerhin liess sich Nadine Masshardt (sp.) bei der Begründung nicht lumpen. «Es ist schon erstaunlich», meinte sie, «dass Sie von der SVP so viele Fragen zu Ihrer eigenen Initiative haben.» Keine inhaltliche, aber eine rhetorische Punktlandung – den Fragen sei Dank!

## Rechnen im Bundeshaus

mrd. · Wer über Raumplanung redet, rechnet in Fussballfeldern. Die Debatte über die Zersiedelungsinitiative hat uns gelehrt, dass täglich acht Fussballfelder überbaut werden. Über die Jahre ist das einiges, und nach 25 Jahren gilt der Kanton Neuenburg als neue Masseinheit. Nun hat Bastien Girod (gp.) noch das Mass des Nationalratssaals eingeführt, das knapp einem Fussballfeld entspricht. Frage: Wie viele Ratssäle passen nach Neuenburg? Und wo spielt in Zukunft der FC Nationalrat?

Erste Hilfe  
für Menschen mit letzter Hoffnung

www.msf.ch  
PK 12-100-2

